

Von pseudorevolutionären und scheinmarxistischen Positionen aus haben die "Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM), das "Sozialistische Osteuropakomitee" sowie das "Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus" subversive Aktivitäten entwickelt, um feindliche Stützpunkte und Gruppen in der DDR zu schaffen, sie in ihrer feindlichen Tätigkeit zu koordinieren, für sie antisozialistische Schriften, teilweise unter Mißbrauch des Transitverkehrs bzw. des Territoriums anderer sozialistischer Staaten, einzuschleusen, sie materiell zu unterstützen, Nachrichten zu sammeln und Publikationen in westlichen Medien zu vermitteln.

Als weitere ausländische Organisationen, die feindlich-negativen Kräften in der DDR Unterstützung gewährten, traten in Einzelvorgängen in Erscheinung:

- Die BRD-Sektion der "Internationale der Kriegsdienstgegner" (WRI), von der ein Angehöriger zu Friedensseminaren der evangelischen Kirche in der DDR auftrat und eingeschleuste Hetzschriften von FUCHS verteilte sowie Material von "Amnesty International" über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR und Schriften der "WRI", in der die Aufforderung zum gewaltlosen Widerstand und zur Druckausübung gegenüber staatlichen Organen enthalten war.
- der MERVE-Verlag, der antisozialistische Schriften zwecks Weiterverbreitung in die DDR einschleusen ließ,
- der Suchdienst des DRK der BRD, der sich anbietet, an Angehörige/Bekannte von "politisch Inhaftierten" in der DDR materielle Hilfe zu leisten und fordert dafür in einem beige-fügten "Formbrief" Informationen über den Inhaftierten und seine Verwandten/Bekannteten in der DDR.

Weitere gegen die Interessen der DDR gerichtete Aktivitäten gingen von der KSZE-Kommission des Amerikanischen Kongresses sowie vom politischen Ausschuß des "Europäischen Parlaments"(EP) aus.

Der Politische Ausschuß des EP, der zunehmend auf Grund der Adressenveröffentlichung durch die "GfM" kontaktiert wird, lud einen Bürger der DDR schriftlich als "Sachverständigen" über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu einer auf Störung des Madrider Nachfolgetreffens gerichteten Veranstaltung.

Mit dem gleichen Ziel erstellten beide Einrichtungen zum gleichen Thema unter Verwendung von Informationen, die von ausreisewilligen DDR-Bürgern erlangt waren, eine "Dokumentation".